

Landesfachschaftentagung
Sächsischer Chemiefachschaften
stellv. FSR Chemie/Lebensmittelchemie
Technische Universität Dresden
Bergstraße 66
01069 Dresden

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg
Parlamentarischer Geschäftsführer
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Hochschulpolitischer Sprecher

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 4810
Telefax: 0351 / 493 4809

Karl-Heinz.Gerstenberg@slt.sachsen.de

Dresden, den 21. Juli 2014

Stellungnahme der sächsischen Chemiefachschaften zu den aktuellen Stellenkürzungen

Sehr geehrte Mitglieder der sächsischen Chemiefachschaften,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22.06.2014, in dem Sie uns sehr deutlich gemacht haben, welche Folgen die von der Staatsregierung beschlossenen Stellenkürzungen im Hochschulbereich für die Ausbildung in der Chemie haben.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag verfolgt das Thema der mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 beschlossenen Stellenstreichungen in Höhe von 300 Stellen bis 2015 und 1042 Stellen bis 2020 mit sehr großer Sorge.

Im Wintersemester 2013/2014 haben die sächsischen Hochschulen erneut zum Teil deutlich mehr Studierende immatrikuliert, als es in den Projektionen der Staatsregierung vorgesehen war. Dies hat unterschiedliche Gründe, teils waren es die doppelten Abiturjahrgänge in anderen Bundesländern, teils war es die Aussetzung der Wehrpflicht und zum Teil auch der sich stetig verbessernde Wanderungssaldo an Hochschulzugangsberechtigten nach Sachsen, was zu diesem Plus an Studienbewerbungen und schließlich Studienanfängerinnen und -anfängern geführt hat. Zugleich beobachten wir allerdings auch ein stetig steigendes Studieninteresse unter den Abiturienten sowie ein gleichbleibend hohes Bedürfnis der Bachelorstudierenden, ihrem ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein Masterstudium anzuschließen. Ein Rückgang der Studienanfängerzahlen in Höhe von 15 % bis 2020, wie von der Staatsregierung über Jahre behauptet, ist nun auch nach den aktuellen Studienanfängerprognosen der Kultusministerkonferenz nicht zu erwarten.

Die GRÜNE Landtagsfraktion hat sich bereits zu einer Zeit, als ein Rückgang der Studierendenzahlen aufgrund des allgemeinen demografischen Wandels noch wahrscheinlich schien, gegen einen Stellenabbau an den sächsischen Hochschulen ausgesprochen und dies in einem eigenen Hochschulentwicklungsplan dokumentiert. Für uns stand und steht fest: Eine ausreichende Stellenausstattung ist die Voraussetzung dafür, dass die Überlast in einer Vielzahl von Studiengängen abgebaut werden kann und dass die sächsischen Hochschulen an einer ausgewogenen und landesweit koordinierten Profilbildung arbeiten können. Diese


Forderung hat nun, da sich die Studierendenzahlen erfreulicherweise anders entwickelt haben, als vor einigen Jahren angenommen, nichts von ihrer Konsequenz und Richtigkeit verloren. Ganz im Gegenteil: Für uns ist es nicht nachvollziehbar, wie eine Staatsregierung eines der wenigen effektiven Mittel, dem demografischen Trend in Sachsen entgegenzuwirken, aus kurzfristigen Sparbemühungen heraus so nachhaltig schädigen kann, wie sie es mit dem Beharren auf den Stellenkürzungen derzeit tut. Wir haben in diversen parlamentarischen Anträgen und Plenardebatten immer wieder auf diese falsche Entwicklung hingewiesen und eine Kursänderung gefordert.

In diesem Zusammenhang haben wir stets ein ganz zentrales Ziel unserer Hochschulpolitik in die Diskussion gebracht: Neben dem Verzicht auf Stellenkürzungen steht für uns eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen im Mittelpunkt. Bereits bei den letzten Doppelhaushaltsverhandlungen haben wir gezeigt, dass eine deutliche Aufstockung der laufenden Grundfinanzierung der sächsischen Hochschulen, um ca. 50 Millionen Euro pro Jahr, durchaus möglich gewesen wäre – auch unter den finanziellen Zwängen, denen sich der Freistaat gegenüber sieht. Mit der geplanten Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund werden dem Freistaat nun ganz neue Spielräume eröffnet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Mittel dem Erhalt der Stellen und der laufenden Grundfinanzierung der Hochschulen zugutekommen, damit sich die Ausgaben pro Studierenden in Sachsen dem Bundesdurchschnitt zumindest annähern. Davon würden selbstverständlich auch die Universitätsbibliotheken profitieren.

Sehr richtig beanstanden Sie in Ihrem Schreiben auch die chronische Unterfinanzierung der Studentenwerke. Trotz des unzureichenden Landeszuschusses in den letzten Jahren haben die Studentenwerke weitere wichtige Aufgaben übernommen, für die zum Teil überhaupt keine staatliche Förderung bereitsteht – wie zum Beispiel die stark nachgefragte psychosoziale Beratung. Aber auch für ihre grundständigen Aufgaben, wie Betrieb und Erhalt der Mensen und Investitionen in das studentische Wohnen, reicht der Landeszuschuss seit Jahren nicht aus. In der Folge zählen die Semesterbeiträge, welche die Studierenden in Sachsen zu zahlen haben, mittlerweile zu den höchsten in Deutschland. Wir haben bereits im letzten Doppelhaushalt die Unterfinanzierung der Studentenwerke zu beheben versucht und eine Anhebung der Zuschüsse auf 8 Mio. Euro vorgeschlagen. Nach der Landtagswahl wird der Doppelhaushalt 2015/2016 beraten und für uns steht fest, dass die Zuschüsse für die Studentenwerke mindestens auf 9 Mio. Euro angehoben werden müssen, wenn diese weiterhin ihre Leistungen erbringen sollen, ohne dass die Semesterbeiträge ins Unakzeptable steigen.

Als GRÜNE Landtagsfraktion werden wir uns auch nach den Landtagswahlen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, die Hochschulpolitik der gegenwärtigen Staatsregierung zu korrigieren. Erfolgreiche Hochschulen ohne die nötigen Rahmenbedingungen kann es nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Karl-Heinz Gerstenberg MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Hochschulpolitischer Sprecher